
Pressemitteilung:

Containerdörfer sind nicht die Lösung! LINKE im Stadtrat kritisiert verengte Debatte

DIE LINKE im Stadtrat fordert die Stadt Hildesheim auf alternative Optionen zu Containerunterkünften ernsthaft voran zu treiben.

„Solange in Hildesheim hunderte leere Wohnungen dem Markt entzogen werden, sollten wir keine Debatte über teure Container-Sammelunterkünfte führen“, erklärt Fraktionsvorsitzender Maik Brückner. „Ich bin die Ausreden satt! Seit Jahren wird über eine Zweckentfremdungssatzung gesprochen um Leerstände nutzbar zu machen - aber es passieren nur kleine Minimalanreize für Vermieter*innen ihren leerstehenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. In der jetzigen Situation Wohnraum leerstehen zu lassen ist zutiefst unmoralisch“, so Brückner weiter.

Aike Vathauer, Mitglied der Linksfraktion dazu: „Wir müssen jetzt endlich alle Instrumente für mehr Wohnraum in Hildesheim in Betracht ziehen. Mit einer Zweckentfremdungssatzung könnte der Druck auf Eigentümer erhöht werden, die über lange Zeit unbegründet Wohnraum dem Markt entziehen. Im Grundgesetz steht „Eigentum verpflichtet.“ Und ja: Im Zweifel sind auch Enteignungen im Sinne des Baugesetzes zu prüfen.“

Zur Nachhaltigen Unterbringung von Geflüchteten und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle war zuletzt im „bundesbaublatt“ zu lesen. Demnach ist es möglich, Geflüchtetenunterkünfte zu bauen, die später als reguläre Sozialwohnungen genutzt werden können.

„Die kommunale Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) wurde erstmals 2013 von der Stadtverwaltung mit dem Neubau von vier Flüchtlingswohnheimen für je 50 Personen betraut... Bemerkenswert: Die Gebäude werden in konventionellem Mauerwerksbau mit zeitgemäßen energetischen Standards und nach wirtschaftlich sowie ökologisch nachhaltigen Gesichtspunkten geplant und gebaut.“ (Bundesbaublatt,

https://www.bundesbaublatt.de/artikel/bbb_Erst_Fluechtlingsunterkunft_dann_Sozialwohnungen-2587965.html).

Nachhaltige Baupolitik statt Durchwursteln

Hildesheim könnte eine Modellstadt für serielles Bauen von Flüchtlingsunterkünften werden, die später zu Sozialwohnungen umgewidmet werden können.

Die Scholz-Ampel sieht im 14-Punkte-Plan das serielle Bauen für den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau als einen Schlüssel. Rotgrün in Niedersachsen geht endlich die Gründung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft an, die bezahlbare Wohnungen bauen will. Hildesheim muss sich nun dafür bewerben und mit dem Wohnungsbauprogramm nachhaltige Flüchtlingsunterkünfte als Modellprojekt für serielles Bauen ins Spiel bringen.